



26. März 2024

NIE WIEDER IST JETZT!

ERGÄNZENDE EINORDNUNG ZU DEN ANSTEHENDEN OSTERMÄRSCHEN

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Mit dieser Botschaft ruft der DGB zu den Ostermärschen 2024 auf. Mit Schrecken erleben wir auch in Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft eine Spirale aus Krieg, Gewalt und Terror. Die Lage im Nahen Osten und in der Ukraine erfüllt uns weiterhin mit großer Sorge und Anteilnahme.

Mehr als zwei Jahre nach dem brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine scheint die Aussicht auf Frieden in weiter Ferne. Die russische Führung bringt Tod, Leid und Zerstörung über die Menschen in der Ukraine und auch über ihre eigene Bevölkerung. Wir sind auch deshalb fest davon überzeugt, dass ein nachhaltiger Frieden in und für Europa nur gefunden werden kann, wenn die staatliche Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird. Dafür sind sowohl vertrauensbildende Maßnahmen als auch glaubhafte und wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine nötig. Klar ist aber auch: Eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands ist dabei auszuschließen. Es braucht diplomatische Lösungsansätze. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“ führen uns nicht weiter.

Auch aus dem Nahen Osten erreichen uns immer neue Schreckensnachrichten. Die barbarischen Massaker, die die Terrororganisation Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung begangen hat, sind auf Schärfste zu verurteilen – und durch nichts zu rechtfertigen. Nach wie vor bangen zahlreiche Menschen um ihre verschleppten Angehörigen.

Das internationale Völkerrecht gibt Israel das Recht zur Selbstverteidigung. Die Regeln des humanitären Völkerrechts sind dabei aber einzuhalten. Trotz aller laufenden Bemühungen bleibt die humanitäre Versorgung der Zivilist*innen im Gaza-Streifen katastrophal. 2,2 Millionen Menschen sind nach Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) akut von Hunger bedroht. Es mangelt an elementaren Lebensgrundlagen, an Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Zahllose unschuldige Palästinenser*innen haben ihr Leben verloren.

Kontakt: Thomas Würdinger, [+49 151 16239 379](tel:+4915116239379), Thomas.Wuerdinger@igmetall.de

Impressum: IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Vertreten durch den Vorstand, Erste Vorsitzende: Christiane Benner, Kontakt: vorstand@igmetall.de V.i.S.d.P. / Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Thomas Würdinger, Leiter Res. Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

Das Sterben muss endlich ein Ende finden. Notwendig sind jetzt Feuerpausen, um dringend benötigte Hilfslieferungen in ausreichender Menge in den Gaza-Streifen zu bringen und die bedingungslose Freilassung der Geiseln zu ermöglichen. Das wäre auch ein wesentlicher Schritt zu einem nachhaltigen Waffenstillstand. Denn es braucht sofort wirksame Bemühungen für einen Friedensplan, der die Grundlagen für echten und dauerhaften Frieden schafft. Die Israelis müssen ihre legitimen Sicherheitsbedürfnisse, die Palästinenser*innen ihre legitimen Hoffnungen auf einen unabhängigen Staat verwirklichen können.

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung mit allen Mitteln für Frieden einsetzen. Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz sind nicht verhandelbar.

Wir Metallerinnen und Metaller leisten unseren Beitrag. Gemeinsam treten wir für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Frieden und soziale Gerechtigkeit, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Muslimenfeindlichkeit! Wir stehen solidarisch an der Seite der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaften, die sich für Frieden und Verständigung einsetzen.

Wir halten bei alledem an unserem Grundsatz fest, dass Rüstungsausgaben nicht gegen die Finanzierung wichtiger sozialpolitischer Vorhaben und notwendiger öffentlicher Investitionen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation ausgespielt werden dürfen. Der Verteidigungshaushalt muss sich danach bemessen, was zur Erfüllung der Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Zugleich gilt: Frieden wird nicht durch Aufrüstung und immer mehr Waffen geschaffen.

Darum rufen wir mit dem DGB zu den Ostermärschen auf. Lasst uns ein starkes Zeichen für ein geeintes und solidarisches Europa setzen. Für ein Europa, das tragender Pfeiler einer neuen und dauerhaft stabilen internationalen Friedensordnung ist.